

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status
Umweltausschuss	19.03.2021	öffentlich - Vorberatung
Stadtrat	21.04.2021	öffentlich - Beschluss

Erweiterung Kompostplatz Burgfarnbach: Nachtrag zum Grundsatzbeschluss vom 19.12.2018

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
Anlagen: Lageplan Erweiterung Kompostplatz Burgfarnbach Kostenschätzung	

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Kompostplatzes Burgfarnbach auf Basis der aktuellen Vorplanung fortzuführen.

Sachverhalt:

Der Kompostplatz Burgfarnbach ist in den vergangenen Jahren immer wieder an die Grenzen der möglichen Kapazitäten gestoßen. Deshalb wurde bereits 2018 von einem durch Abf beauftragten Ingenieurbüro eine Machbarkeitsstudie zur Erweiterung erstellt. Im Rahmen der Studie wurden auch Anforderungen anderer Dienststellen berücksichtigt. Nachdem der Umweltausschuss der Erweiterung des Kompostplatzes zugestimmt hat, wurde nach einer Ausschreibung von Abf die Firma AWIPLAN mit der Generalplanung der Kompostplatzerweiterung beauftragt. Im Rahmen der Vorplanung wurde die Machbarkeitsstudie überarbeitet und der beigefügte Plan erstellt.

Die für den Kompostplatz Burgfarnbach derzeit genehmigte Durchsatzmenge beträgt 6.800 Tonnen pro Jahr. Entgegen der ursprünglichen geplanten Erweiterung mit einem Durchsatz von 12.000 t/a soll der Kompostplatz nun für eine Durchsatzmenge von 10.000 t/a ausgelegt werden. Durch die RAL-Gütesicherung Kompost konnten neue Kunden gewonnen werden, der Einsatz neuer Umsetz- und Zerkleinerungstechnik ermöglicht eine kürzere Rottezeit des Kompostes als bisher. Mit Hilfe dieser Maßnahmen wird sich der Platzbedarf pro Tonnen Inputmaterial verringern.

Auch der ursprünglich auf dem Kompostplatz angedachte Papierumschlag wird nicht weiterverfolgt. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Machbarkeitsstudie war noch nicht absehbar, dass in der Rezatstraße ein neues Abfallwirtschaftszentrum entstehen soll. Dort ist der Papierumschlag thematisch besser angesiedelt. Hinzu kommt die Vermeidung einer weiteren Belastung des Verkehrs auf dem Kompostplatz und im Stadtgebiet Burgfarnbach (v.a. in der Hinteren Straße) durch den entfallenden Papier-Müllfahrzeugverkehr.

Grundsätzlich wurde von Abf bei der Planung viel Wert auf einen reibungslosen Betriebsablauf am Kompostplatz gelegt. Die bisherige Zufahrt im Osten des Grundstücks soll zukünftig als Einfahrt genutzt werden. Privatanlieferer sollen östlich um die Halle für den Biomüllumschlag und das Betriebsgebäude fahren bevor sie zur Grüngutannahme gelangen. Der längere Verkehrsweg auf dem Grundstück soll einem Rückstau auf die Veitsbronner Straße ebenso entgegenwirken wie die Erhöhung der gleichzeitigen Ablademöglichkeiten der Anlieferer (bisher 5 – 9, jetzt bis 15). Die Fahrzeuge zur Anlieferung und Abholung des Biomülls sollen direkt zur dafür vorgesehenen Halle fahren können ohne Privatanlieferer zu stören oder zu gefährden.

Zur Vermeidung einer Kreuzungssituation an der Ecke Veitsbronner Straße / Siegeldorfer Straße ist eine neue Zufahrt in der Mitte des Grundstücks vorgesehen. Auch hier wurde darauf geachtet, dass der Verkehr in der Veitsbronner Straße nicht zu stark beeinflusst wird und keine Gefährdung entsteht.

Für die Verladung von großen Mengen Fertigkompost ist ein Bereich im Westen des Grundstücks vorgesehen. Die räumliche Trennung der hygienisierten und unbehandelten Abfälle zur Vermeidung von Kontaminationen war einer der wichtigen Gründe für die Kompostplatzvergrößerung. Auch die derzeitige Zufahrt soll weiterhin für Großkunden, insbesondere zur Zufahrt, genutzt werden.

Die Entwässerung des Grundstücks soll weitestgehend wie bisher fortgeführt werden. Aufgrund der zusätzlich versiegelten Flächen ist mit einer größeren Abwassermenge zu rechnen, welche in einem Schmutzwasserbecken gesammelt und anschließend in das städtische Netz eingeleitet werden soll.

Gemäß einer ersten Kostenschätzung wird mit Baukosten in Höhe von ca. 2,6 Millionen Euro (netto) gerechnet. Dabei sind folgende Änderungen im Vergleich zur ursprünglichen Machbarkeitsstudie berücksichtigt:

- Per Baukostenindex wurde von der Machbarkeitsstudie 2017 bis zum Baubeginn eine Preissteigerung von insgesamt 15% eingerechnet. Nach Einspruch des RpA gegen das Vergabeverfahren zu den Planungsleistungen musste das Verfahren zurückversetzt werden. Mit Unterstützung einer Kanzlei wurde die Vergabe erneut durchgeführt und erst im November 2020 zum Abschluss gebracht.
- Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie wurde der Flächenumfang der Erweiterung neu festgelegt.
- Durch die im Rahmen der Vorplanung durchgeführte Vermessung und die zusätzlich geplante Zufahrt ergeben sich größere, neu zu asphaltierende Flächen.
- In der Machbarkeitsstudie wurden zusätzliche und größere Verkaufsboxen für weitere Produkte (z.B. Kompost-Erdengemische) vorgesehen. Diese wurden zunächst für die weitere Planung nicht berücksichtigt, da nur Fertigkompost an die Bürger verkauft werden soll.
- Die Bestandsaufnahme ergab, dass die Entwässerung der zusätzlichen Flächen aufgrund vorhandener Rohrquerschnitte nicht über das bestehende Abwassersystem erfolgen kann. Ein größeres Regenrückhaltebecken als Rückstau vor der Einleitung in das städtische Netz wird wegen der Einleitbeschränkung beim Schmutzwasser auf 5 l/s notwendig sein. Dabei müssen ebenfalls die bestehenden Leitungen saniert werden.

- Basierend auf den Abfallmengen der vergangenen Jahre wurde eine größere Biogut-Umschlagshalle mit Absaugung und Biofilter geplant. Im Vergleich zur Umschlagshalle für Papier erfordert der Biomüllumschlag technisch höhere Anforderungen und ist somit kostenintensiver.
- Zum Schutz der hochwertigen Maschinen soll ein Carport errichtet werden. Besonders beim Einsatz neuer Maschinen für die Zerkleinerung von Grüngut und das Umsetzen von Kompost ist dies von Vorteil.
- Das in der Machbarkeitsstudie dargestellte Betriebsgebäude in Containerbauweise entspricht nicht den Anforderungen des Kompostplatzes (z.B. Schwarz-Weiß Bereich für Mitarbeiter verschiedener Geschlechter, Kundentoilette, usw.). Die Kosten für ein erweitertes Betriebsgebäude in Containerbauweise belaufen sich auf rund 300.000 Euro netto. Hier ist jedoch zu bedenken, dass u. a. die Kosten für ein notwendiges Fundament und Aufstellung und Anschluss der Container nicht berücksichtigt sind. Abf beabsichtigt die Errichtung eines massiven Betriebsgebäudes um den Platz optimal nutzen zu können und bei der Raumgestaltung nicht an die Rastermaße der Containerbauweise gebunden zu sein. Langfristig können Instandhaltungskosten eingespart werden.
- Auch der Rückbau des bestehenden Betriebsgebäudes war bisher nicht berücksichtigt. Hier kommt hinzu, dass Leitungen verlegt werden müssen und weiterhin Schächte für die Ver- und Entsorgung zugänglich bleiben.

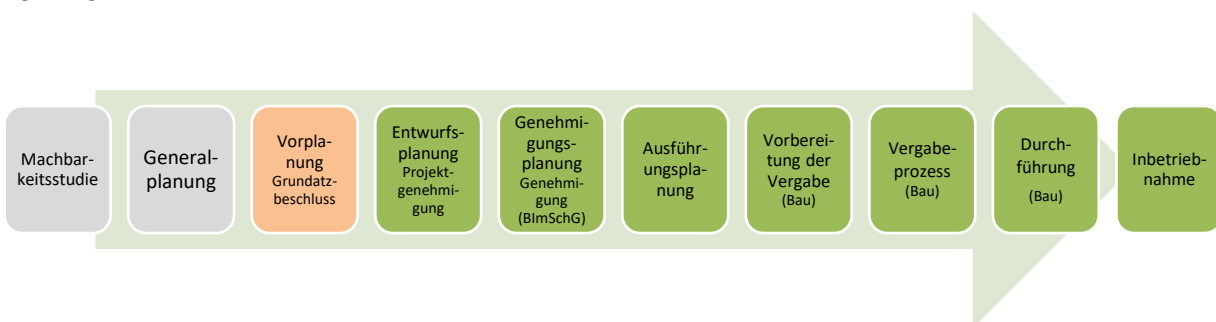
Die steigenden Temperaturen und die Trockenheit führen zu einem längeren Kompostierungsprozess. Um den Rotteprozess zu beschleunigen sollen künftig die Kompostmieten bewässert werden. Optional kann hierfür Regenwasser von Dachflächen oder nicht verunreinigten Verkehrsflächen verwendet werden, welches in einem mit Folie ausgekleideten Erdbecken gespeichert wird. Die Option wird im Rahmen der Entwurfsplanung geprüft.

Aufgrund der Projektverzögerung und deutlichen Kostensteigerung sowie dem Entfall der Papierumschlagshalle soll die fortgeschriebene Vorplanung erneut dem Umweltausschuss zur Vorberatung und anschließend dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Nach Zustimmung des Stadtrates am 21.04.2021 wird das beauftragte Ingenieurbüro mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung beginnen. Bis zum vierten Quartal 2024 soll das gesamte Projekt zum Abschluss gebracht werden.

Entsprechend der beigefügten Kostenschätzung des Ingenieurbüros liegen die Gesamtkosten (inkl. Planungs- und Gutachterkosten) bei ca. 3,45 Mio. Euro. Davon sind im Haushalt bereits 2,130 Mio. Euro berücksichtigt. Etwa 300.000 Euro dieser Mittel sind bereits in Aufträge gebunden. Es wird beantragt, die fehlenden Mittel in die mittelfristige Finanzplanung (2023) aufzunehmen.

Die entstehenden Kosten werden vollständig über den Gebührenhaushalt der Abfallwirtschaft getragen.



Finanzierung:

Beschlussvorlage

Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	3.450.000 Mio €	jährliche Folgekosten	<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt 2.130.000 € bereits veranschlagt.						
<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Hst. 7200	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh	<input checked="" type="checkbox"/> Vmhh	
wenn nein, Deckungsvorschlag:						

Auswirkungen auf die ökologische Zukunftsfähigkeit:

Bestehen Auswirkungen auf die ökologische Zukunftsfähigkeit?	
<input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	<input checked="" type="checkbox"/> Nein

Beteiligungen

Auftrag:	Käm beteiligt	an Amt für Abfallwirtschaft von	05.03.2021
Ergebnis:	Kenntnis genommen	Röhrs, Bernhard, Dr.	08.03.2021

II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Beschluss zurück an **Amt für Abfallwirtschaft**

Fürth, 05.03.2021

gez. Kreitingner

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Amt für Abfallwirtschaft

Folgende Beratungsergebnisse sind vorhanden: